Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/04/2010

über die öffentliche Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am
17.02.2010,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 22:59 Uhr

Anwesend

Vorsitzender

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

Herr Uwe Grassau

Herr Rafael Haase

Frau Anna-Margarete Hengstler

Herr Horst Marzi

Herr Hartmut Möller

Frau Susanne Philipp-Richter

beratendes Mitglied

außer TOP 6

bis 22:05 Uhr; TOP 7

i.V.v. Frau Löwer

i.V.v. Herrn Bandick

Bürgerliche Mitglieder

Herr Heino Wriggers

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Hauke Feldvoss

Kinder- und Jugendbeirat; bis
21:35 Uhr; TOP 6

Herr Dieter Heidenreich

Herr Siegfried Lorenz

Frau Johanna Zabel

Seniorenbeirat

Kinder- und Jugendbeirat

Sonstige, Gäste

Frau Roswitha Düsterhöft

Frau Hovy

Herr Ole Jochumsen

Herr Michael Neumann

Büro Düsterhöft, zu TOP 5

BPW Hamburg, zu TOP 5

BPW Hamburg, zu TOP 5

Herbstreit Landschaftsarchitek-
ten, zu TOP 4

Verwaltung

Frau Andrea Becker	bis 22:05 Uhr; TOP 7
Herr Andreas Janik	
Frau Annette Kirchgeorg	bis 22:05; TOP 7
Frau Anette Kruse	
Frau Stefanie Mellinger	bis 21:30 Uhr; TOP 5
Herr Stephan Schott	
Herr Hauke Seeger	bis 22:05 Uhr; TOP 7
Herr Wilhelm Thiele	bis 22:15 Uhr; TOP 8
Frau Maren Uschkurat	Protokollführerin zu TOP 4 bis 7
Herr Ulrich Kewersun	Protokollführer zu TOP 1 bis 3, 8 bis 10

Abwesend

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick
Frau Monja Löwer

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwände zum Protokoll Nr. 3/2010 vom 03.02.2010
4. Ausbau Klaus-Groth-Straße im Abschnitt westliche Kohschießstraße und Reeshoop **2010/019**
5. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK)
- Beschluss **2009/172**
6. 40. Änderung des Flächennutzungsplanes "Firma Schacht" der Stadt Ahrensburg für das Areal der Firma Schacht zwischen der Straße Am Tiergarten und der Aue, Flurstücke 117, 118 und 119
- Aufstellungsbeschluss - **2010/016**
7. Realisierungskonzept Schlosspark, Aue, Innenstadt, 3. Teilprojekt Schlosspark
- Umsetzungsmöglichkeiten im Rahmen der Haushaltsberatung 2010 - **2010/012**
8. Erlass der Haushaltssatzung 2010 für das Haushaltsjahr 2010
- 1. Entwurf des doppelten Haushalts mit Ergebnis - und Finanzhaushalt für 2010 und die Folgejahre 2011 bis 2013 - **2009/131**
9. Kenntnisnahmen
 - 9.1. Standort des Peter-Rantzau-Hauses
 - 9.2. Präsentation zum Masterplan Verkehr
10. Verschiedenes
 - 10.1. Abwicklung des Verkehrs aus der Tiefgarage des CCA in der Großen Straße
 - 10.2. Schneeräumung und Frostschäden
 - 10.3. Abfallabfuhr in der P+R-Anlage Alter Lokschuppen
 - 10.4. Städtebaulicher Vertrag mit der Haupteigentümerin des Quartiers Reeshoop

1. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 04.02.2010 vorgeschlagene Tagesordnung. Neben dem TOP 11 „Vorstellung von Einzelbauvorhaben“, der nach der derzeit geltenden Hauptsatzung grundsätzlich in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln ist, gibt es keine Angelegenheiten, die den Ausschluss der Öffentlichkeit rechtfertigen würden.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Laufe der Sitzung kommt man angesichts der fortgeschrittenen Zeit überein, den TOP 11 abzusetzen und die Behandlung von Einzelbauvorhaben auf die Sitzung am 03.03.2010 zu verschieben.

Ein Ausschussmitglied beantragt, die Tagesordnungspunkte 7 und 8 zu tauschen mit dem Zweck, in die Beratung über das 3. Teilprojekt Schlosspark zum Realisierungskonzept nur dann einzusteigen, wenn im Rahmen der Haushaltsberatung hierfür entsprechende Mittel bereitgestellt worden sind. Über diesen Geschäftsordnungsantrag wird anschließend abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

4 dafür
4 dagegen
1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt. Da keine weiteren Änderungswünsche vorliegen, gilt die ursprünglich vorgeschlagene Tagesordnung so als akzeptiert.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Elmers bezieht sich auf die Anträge der CDU-Fraktion für die Haushaltsberatung 2010 und begrüßt zum einen die zeitliche Streckung der Projekte Erneuerung Hagener Allee im Abschnitt Starweg bis Spechtweg und „Stadteingang West“, kritisiert jedoch zum anderen die Streichung von Mitteln für den Schlosspark und das Stadtbuskonzept. Zum Realisierungskonzept Schlosspark merkt er die Handlungsbedürftigkeit sowie die Nachhaltigkeit an, während er bei den am 03.02.2010 angedeuteten städtebaulichen Lösungen für den Stadteingang die Option vermisst, wie in diesem kurzen Abschnitt die sogenannte Kühlenmoortrasse oder Südtangente an die Hamburger Straße angebunden werden soll. Wie man hieran grundsätzlich erkenne, seien Planungen und Konzepte wichtig für die Meinungs- und Entscheidungsfindung; von daher sollte der Ansatz zur Erstellung einer Konzeption für ein Stadtbussystem nicht gekürzt werden, zumal das Konzept einen großen Einfluss hätte auf viele anstehende Baumaßnahmen in der Stadt Ahrensburg.

Herr Mächler bezieht sich auf TOP 5 der heutigen Sitzung und hier speziell auf den Beschlussvorschlag in der Vorlagen-Nr. 2009/172, wonach das ISEK samt Wohnungsmarktkonzept zunächst beschlossen und Grundlage für den Flächennutzungsplan werden soll, bevor es den Bürgerinnen und Bürgern nur noch vorzustellen ist. Während Herr Mächler daher dafür plädiert, nur über die Teile 2 und 3 des Beschlussvorschlages zu entscheiden, um über das ISEK zu einem späteren Zeitpunkt zu befinden, verweist die Verwaltung auf die Beteiligungsmöglichkeit der Öffentlichkeit im Zuge der Zukunftswerkstätten und die Festlegung des Verfahrens durch den Hauptausschuss. Am Rande bemerkt Herr Mächler in Bezug auf die in der handschriftlichen Seite 87 der Vorlagen Nr. 2009/172 dargestellte Wegeverbindung von der B 75 zum Gewerbegebiet West, dass im ISEK Verkehrsverbindungen angedeutet worden sind, deren Realisierung nur schwer möglich und damit unrealistische einzustufen ist.

Frau Adamczewski von der BUND-Kreisgruppe Stormarn nimmt sich denselben Themas an und verliest die diesem Protokoll als Anlage beigefügte Frage. Wie die Verwaltung hierzu bestätigt, verlief die so genannte Südtangente nach dem ursprünglichen Flächennutzungsplan nördlich der U-Bahntrasse, während nunmehr der Kühlenmoorweg südlich der Bahnstrecke näher untersucht werden soll. Erinnerung wird an die überproportionale Zunahme des Kfz-Verkehrs in der Manhagener Allee, wobei die Realisierung der Südtangente nur eine von mehreren Möglichkeiten der Verkehrsumlegung darstellt. Aufgrund der Stadt- und Siedlungsstruktur von Ahrensburg dürften von diesen Planungen jedoch stets zumindest mittelbar das Tunneltal oder die Niederung Am Hopfenbach betroffen sein. Im Rahmen der Entscheidungsfindung werden die ökologischen Grundlagen der Stadt und damit auch dem Naturschutz besondere Beachtung finden.

Die Fragen des **Herrn Offen** beziehen sich auf das Parkhaus auf dem Grundstück Alte Meierei und speziell auf die Absturzsicherungen und die

Werbeflächen (vgl. beigefügte Anlage 2). Wie die Verwaltung hierzu betont, sind die Eingriffsmöglichkeiten der Bauaufsicht auf Grundlage des § 62 LBO begrenzt, haben jedoch bereits bewirkt, dass das Maß der Werbung deutlich reduziert wurde. Die Wirkung auf das Stadtbild sei jedoch trotzdem negativ, was auch bereits im BPA zur Sprache gekommen ist. Möglichkeiten, um hier Verbesserungen zu erzielen, hätte die Ortsgestaltungssatzung sein können, diese stammt jedoch aus den 80er-Jahren mit der Folge, dass dieses Grundstück außerhalb des Geltungsbereiches liegt. Perspektivisch sollte angedacht werden, diese Ortsgestaltungssatzung inhaltlich und bezüglich ihres Geltungsbereiches zu überarbeiten. Die Absturzsicherungen werden von der Verwaltung kurzfristig überprüft.

Auf Nachfrage des **Herrn Kupffer** wird zur Inbetriebnahme des Bahnhaltepunktes Ahrensburg-Gartenholz erwähnt, dass die angedachten Termine im März 2010 offensichtlich stark gefährdet sind. Neben kleineren witterungsbedingten Restbauarbeiten bereitet die Einhaltung der EU-weiten Richtlinien mit den dort geforderten Zertifizierungsnachweisen bzw. Konformitätserklärungen Probleme. Alle Beteiligten hoffen, in der kommenden Kalenderwoche eine Perspektive aufzeigen zu können.

Herr Böttcher bezieht sich in seiner Frage auf die Bebauung des Eckgrundstücks Otto-Siege-Straße/Ellenbogen und erkundigt sich, weshalb der mögliche Bauherr nur Teileigentümer des Nachbargrundstückes wegen der möglicherweise erforderlichen Zustimmung angesprochen habe. Wie die Verwaltung hierzu betont, laufe derzeit kein formelles Baugenehmigungsverfahren, es hätten lediglich Abstimmungsgespräche stattgefunden. Die nachbarrechtlichen Belange müssten zwischen den betroffenen Eigentümern geklärt werden.

In seiner Stellungnahme zeigt sich **Herr Knoll** enttäuscht, dass es im Verfahren zur Aufstellung des ISEK keinen so genannten „Runden Tisch“ unter Einbeziehung der Einwohner geben wird. Die Aussagen des ISEK gehen ihm nicht tief genug – insbesondere die Themenbereiche Mobilität/Verkehr und ökologische Belange seien zu kurz gekommen und zu wenig konkret – so dass er anzweifelt, dass sich hieraus sinnvoll ein Flächennutzungsplan entwickeln lasse.

Die weiteren Anmerkungen betreffen die Kosten des Ausbaus der Klaus-Groth-Straße im Abschnitt Reeshoop bis Große Straße, die ihm relativ hoch erscheinen, und auf die Winterschäden an den Straßen, die der Verwaltung noch nicht bekannt sind.

Frau Liebig bezieht sich auf den Masterplan Verkehr und hier die Verkehrserhebung in der Straße Am Tiergarten. Wie sie anmerkt, sei die Verkehrszählung außerhalb der dort anzutreffenden Verkehrsspitzenzeiten vorgenommen worden, diese sind insbesondere zwischen 04:30 Uhr und 09:00 Uhr. Die Verwaltung sagt zu, sowohl die Form der Verkehrserhebung als auch das Ergebnis im Vergleich zu den Daten aus dem Generalverkehrsplan zu überprüfen.

Herr Elmers regt an, den Hang in der Kastanienallee nördlich des dort befindlichen Grabelandes zum Schlittenfahren frei zu geben, in dem der stören-

de Stacheldraht abgebaut wird. Zudem wäre das zu weite Gleiten in das dort befindliche Feucht- und Mooregebiet durch geeignete Maßnahmen zu verhindern.

3. Einwände zum Protokoll Nr. 3/2010 vom 03.02.2010

Nachdem auf der handschriftlichen Seite 9 des BPA-Protokolls zu TOP 4 über die Varianten zum Masterplan Verkehr auf folgenden Satz aufmerksam gemacht worden ist

Klargestellt wird zu Beginn, dass in Bezug auf die Entlastungsstraße Nord sowohl die Anbindungen an die Straßen Kornkamp und Kurt-Fischer-Straße als auch die Weiterführungen gen Westen zur Bünningstedter Straße und zum Rosenweg untersucht werden.

wird auf eine Anpassung der dort nachfolgenden Aufzählung verzichtet. Keine weiteren Einwendungen; das Protokoll gilt damit als genehmigt.

4. **Ausbau Klaus-Groth-Straße im Abschnitt westliche Kohschießstraße und Reeshoop**

Herr Neumann stellt den Entwurf zum Ausbau der Klaus-Groth-Straße vor. Angesichts der angespannten Haushaltslage wurden die Kosten für den Ausbau der Klaus-Groth-Straße so gering wie möglich gehalten. Ausgehend davon, dass Natursteinpflaster gefertigt wird, wird mit Bruttogesamtkosten in Höhe von 579.000 € gerechnet. Im Folgenden werden die einzelnen Posten – Beleuchtung, Oberflächengestaltung sowie Ausstattung und Mobiliar – detailliert vorgestellt.

Zunächst stellt Herr Neumann die Variante der abgehängten Beleuchtung vor, die jedoch im Falle der Klaus-Groth-Straße nicht als Vorteilbringende Alternative zu bewerten ist. Da die Fassaden der Klaus-Groth-Straße sehr unterschiedlich sind, müssten aufwendige Anpassungsarbeiten für die Anbringung der Seile vorgenommen werden. Für den mittleren Abschnitt der Klaus-Groth-Straße wäre aufgrund der unterschiedlichen Geschosshöhen eine Auflagerung der Seile auf Stahlphylone zu empfehlen. Dies würde eine zusätzliche Genehmigung erforderlich machen und häufige Wartungsarbeiten nach sich ziehen. Es wird empfohlen, von der abgehängten Beleuchtung Abstand zu nehmen und die konventionelle Mastbeleuchtung zu wählen.

Als Mastbeleuchtung werden zwei mögliche Alternativen vorgeschlagen. Für die Gestaltung der Klaus-Groth-Straße wird die Verwendung einer Mastauslegerleuchte oder alternativ einer Mastaufsatzleuchte mit Sekundärreflektor vorgeschlagen. Für die endgültige Auswahl der Beleuchtung werden verschiedene Kriterien z. B. eine Stückzahlbegrenzung festgelegt.

Die Klaus-Groth-Straße stellt im städtischen Gesamtgefüge als Einkaufspromenade eine sehr hochwertige Straße dar. Dies fand bei der Besichtigung einer Musterfläche im September 2009 Berücksichtigung, wo sich grundsätzlich für die Verwendung von Naturstein ausgesprochen wurde. Dennoch werden zwei weitere Alternativen, der Betonsockel mit Natursteinpflaster und der Betonstein mit Natursteinvorsatz, bei der Planung der Klaus-Groth-Straße berücksichtigt. Um zu einer Entscheidungsfindung kommen zu können, werden alle drei Varianten vergleichend vorgestellt.

Bei der Verwendung von Betonstein mit Natursteinvorsatz ist damit zu rechnen, dass der Stein deutlich schneller altert und folglich in seiner Wertigkeit sinkt. Die vorgeschriebenen 30 Jahre werden eingehalten, jedoch hat es bereits Fälle gegeben in denen die Kommunen bereits nach wenigen Jahren den Betonstein wieder entfernt haben. Auch wenn bei der Verwendung von Betonstein nur mit Kosten zu rechnen ist, die 2/3 der Kosten von Naturstein betragen, ist von einer Verwendung von Betonstein abzuraten.

Die zweite Variante Betonsockel mit Natursteinplatte hat eine ähnliche Haltbarkeit wie Betonstein. Ferner gibt Herr Neumann zu bedenken, dass es in Deutschland nur einen Anbieter für diese Steine gibt und damit die Gefahr

besteht, dass die Preise aufgrund der Monopolstellung erheblich steigen. Bei der Verwendung von Betonsockel ist mit einem ähnlichen Preis zu rechnen wie bei der Verwendung von Naturstein.

Das Mobiliar der Klaus-Groth-Straße soll gemäß Mobilisierungskonzept Innenstadt gestaltet werden. So sollen z. B. Parkbänke und Fahrradständer in der Glimmerlackoptik und Abfallbehälter in aus Stahl aufgestellt werden. Weiterhin wird die Installation von festen Schirmen empfohlen, hierfür gibt es bereits einen möglichen Sponsor der die Kosten für die Schirme und deren Aufbau übernimmt.

Im Anschluss an den Vortrag von Herrn Neumann werden weitere Anregungen und Ideen eingebracht sowie Fragen gestellt. So erkundigt sich Herr Grassau, wieso es keine Begrünung in dem Entwurf gibt und ob der im Entwurf zu sehende Baum im öffentlichen oder im privaten Bereich liegt und ob ggf. eine Vitalitätsprüfung vorgenommen werden kann. Zu der Begrünung merkt Herr Neumann an, dass die Begrünung absichtlich in dem Entwurf ausgelassen worden ist. Eine Begrünung der Klaus-Groth-Straße ist durchaus angedacht und zum derzeitigen Zeitpunkt durch Sponsoren denkbar. Die Unterhaltung der Begrünung würde enorme Unterhaltungskosten nach sich ziehen und wurde deshalb im vorliegenden Entwurf nicht aufgezeigt. Herr Thiele berichtet, dass sich der oben angesprochene Baum auf privatem Gelände befindet und es bereits Gespräche mit der Eigentümerin gegeben hat. Es ist Wunsch der Eigentümerin, dass der Baum bestehen bleiben soll, evtl. ist jedoch die Pflanzung eines neuen Baumes an diesem Standort denkbar.

Ergänzend zu der Begrünung bittet Herr Thiele darum, dass die Wappen der Ahrensburger Partnerstädte als Intarsien eingebaut werden. Außerdem bittet Herr Thiele den Bau- und Planungsausschuss eine durch Sponsoring finanzierte Büste von Klaus Groth zu berücksichtigen.

Herr Möller bittet darum das Schild, dass die freien Parkplätze der Tiefgarage anzeigt, so aufzustellen, dass es bereits vor dem Abbiegen erkennbar ist. Herr Hansen möchte wissen, ob die kleinen Steine auch für den Lkw-Verkehr geeignet sind. Dies wird mit dem Hinweis bejaht, dass diese Steine auch in der Großen Straße verwendet wurden. Ferner bittet Herr Hansen, dass in der Ausschreibung eine Konformitätserklärung bezüglich Kinderarbeit gefordert wird.

Herr Feldvoss schlägt vor, dass in der Klaus-Groth-Straße Leuchten verwendet werden, die bereits im Stadtgebiet zu finden sind. Da bei der Klaus-Groth-Straße besondere Verhältnisse vorliegen, ist dies jedoch nicht möglich, weil sich die geeigneten Leuchten bisher nicht im Stadtgebiet befinden.

Herr Thiele betont, dass der Preis für den Naturstein umso günstiger wird, desto früher die Ausschreibung erfolgt. Er schlägt deshalb vor, zeitnah über das Material zu entscheiden. Um spätere Konflikte zu vermeiden, möchte Herr Hansen wissen, ob der Durchgang zum Rathausplatz gesichert ist. Da die Stadt Ahrensburg Eigentümerin des entsprechenden Grundstückes ist, wird keine Sicherung benötigt. Weiterhin bittet Herr Hansen darum, die Begrünung in den Entwurf mit einzuarbeiten und schlägt dennoch vor, bereits

heute über den Naturstein als Material abzustimmen, damit die Ausschreibung schnellstmöglich erfolgen kann.

Die Verwaltung wird beauftragt zu ermitteln, welche Möglichkeiten bestehen, den Reeshoop vor der Kreuzung zur Manfred-Samusch-Straße zu erweitern und welche Kosten entstehen würden. Hintergrund dieser Anfrage ist der ständige Stau an der Lichtsignalanlage, wenn Abbieger in die Tiefgarage Klaus-Groth-Straße wollen.

Anschließend bittet Herr Grassau darum, keine horizontalen Gitter für die Brüstungen an den Tiefgarageneinfahrten zu verwenden, da sonst eine Kletter- und Abrutschgefahr für Kinder bestehen würde. Dies wurde bereits von der Verwaltung berücksichtigt, indem senkrechte Gitter in der Planung vorgesehen worden sind.

Vorbehaltlich des Haushaltsbeschlusses und der Konformitätserklärung bezüglich Kinderarbeit wird dem Bauprogramm zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

5. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) - Beschluss

Frau Mellinger stellt den Zeitplan des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) vor und weist darauf hin, dass wir uns in der Phase der Beschlussfassung des ISEK befinden (vgl. Anlage 1). Nach Beschluss des ISEK soll der Öffentlichkeit das ISEK vorgestellt werden. Die Ergebnisse des ISEK sollen in den Flächennutzungsplan einfließen, dieser wiederum wird als Grundlage für die Stadtentwicklungsplanung und die Bauleitplanung dienen.

Wie Herr Jochumsen berichtet, gibt es in Ahrensburg, entgegen des bundesweiten Trends, eine stetige Bevölkerungszunahme. Bevölkerungswachstum ist im gesamten Kreisgebiet zu verzeichnen, wobei Ahrensburg den stärksten Zuwachs der Bevölkerung erfährt. Um der steigenden Nachfrage nach Wohnangeboten nachzukommen, ist für die Stadt Ahrensburg ein moderates Wachstum geplant, bei dem beispielsweise eine Verjüngung der Einwohnerschaft berücksichtigt werden soll. Neue Wohnangebote, möglicherweise auch im Innenstadtbereich, müssen geschaffen werden (vgl. Anlage 2).

Frau Düsterhöft geht zunächst auf die Kritik ein, dass Klimaschutz keine Berücksichtigung im ISEK findet. Wie Frau Düsterhöft betont, handelt es sich bei ISEK um ein Klimaschutzkonzept. Ein Wachstum der Stadt Ahrensburg wird es auf jeden Fall geben, mit dem ISEK soll dieses Konzept Wachstum so verträglich und zukunftsorientiert wie möglich gestaltet werden. Vorrangig sollen im Innenbereich Wohnungen geschaffen werden, um die vorhandene Infrastruktur zu nutzen und den Verzicht auf das Auto attraktiv zu machen. Ausnahme von der Innenentwicklung stellt die Entwicklung des Erlenhof-Gebietes dar, wo auch gartenbezogenes Wohnen mit Innenstadtnähe geschaffen werden soll. Die Gewerbegebiete, insbesondere das Gewerbegebiet West, sollen zukünftig stärker ausgenutzt und verdichtet werden. Aber auch ökologische Aspekte, wie der Erhalt der Naturräume, werden im ISEK berücksichtigt.

Mit dem Erlenhof besteht die Möglichkeit, ein attraktives Wohnquartier im Schlossviertel zu schaffen. Die bisher vorhandene Infrastruktur, wie die Schlossschule und der Bahnhof Gartenholz, kann für die neu zu entwickelnden Gebiete genutzt werden. Bei der Entwicklung des Schlossviertels wird ein umwelt- und klimaschonender Städtebau betrieben, der insbesondere dem Schutz der Aueniederung und vorhandener Biotope Rechnung tragen soll.

Anschließend trägt Herr Grassau die bereits vorab der Verwaltung übermittelten 5 Fragen vor:

1. S. 34, Punkt 3.3 Wohnen „Doppelhäuser sind im Wohnbestand kaum zu finden“.
S. 118, „13,5 % ZFH“.

Frage: Sind Doppelhäuser ZFH oder getrennt aufzuführen?

**ZFH sind Zweifamilienhäuser
DH sind Doppelhäuser (in den Zweifamilienhäusern enthalten)**

2. S. 81, Schlüsselprojekt, Erlenhof, vorletzter Absatz „400 Wohneinheiten“
S. 76, Liste Wohnbaupotenziale Stadt Ahrensburg
Nr. 43, Erlenhof Süd 160 WE
Nr. 46, Erlenhof Süd 240 WE
Nr. 47, Erlenhof Nord 300 WE

Gesamt = 700 WE

Frage: Welche Zahl ist richtig? Wie ist der Unterschied erklärbar?

Das ISEK beinhaltet die Fläche des Erlenhofes Süd (Nr. 43 und 46 = 400 WE) als zukünftige Wohnbauentwicklungsfläche. Fläche Nr. 47 ist zwar als theoretisches Potential aufgeführt aber nicht als empfohlene Fläche für Wohnungsbau innerhalb des ISEK.

3. S. 82, Sicherung badlantic, „Verkauf von untergeordneten Freiflächen“

Frage: Welche Flächen sind damit gemeint und welche bauliche Nutzung ist dort angedacht?

Das ISEK spricht davon, langfristig zu prüfen, inwieweit die Wirtschaftlichkeit des Hallenbades auf lange Sicht gegeben ist.

4. S. 48, Südliche Umfahrung, Kuhlmoortrasse an der U-Bahn
S. 148, Ergänzungen bzw. Empfehlungen für andere Fachplaner: Südumfahrung Kuhlmoorweg.
S. 55, Die Flächen zwischen der Bahnlinie und den Siedlungsteilen Hagen und Am Hagen sind als Naturschutzgebiete (NSG) und als EU-Schutzgebiete im Rahmen der Natura 2000 ausgewiesen!

Frage: Wie ist dieser Widerspruch zu verstehen?

Im Rahmen der Zukunftswerkstatt wurden mehrere Trassen kontrovers diskutiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben als Ergebnis einen Vorschlag an die Politik formuliert: Es soll ein gesamtstädtischer Verkehrsplan auf Grundlage einer aktuellen Verkehrserhebung erarbeitet werden. Darin sollen dann die verschiedenen Trassenvarianten geprüft werden.

Die Prüfung der Trassenvarianten wird im ISEK empfohlen.

5. S. 37, Das durchschnittliche Wachstum von 2005 - 2007 beträgt 125 WE pro Jahr.
S. 123, Das durchschnittliche Wachstum von 2000 - 2007 beträgt 165 WE pro Jahr.

Frage: Wie ist der Unterschied zu erklären und auf welcher Grundlage sind die Prognosen berechnet?

Die Differenz des errechneten Durchschnitts begründet sich darin, dass verschiedene Zeiträume betrachtet wurden. Die Grundlagen der Berechnungen sind die Baufertigstellungszahlen.

Nachdem Frau Mellinger alle Fragen von Herrn Grassau beantwortet hat, kommt es zu einer Diskussion über die Inhalte des ISEK. Auf Nachfrage von Herrn Marzi wird die Berechnung der drei Wachstumsvarianten vorgestellt.

Variante 1: Durchschnittliches Bevölkerungswachstum der 3 Jahre mit den niedrigsten positiven Wachstumswerten.

Variante 2: Durchschnittliches Bevölkerungswachstum der letzten 10 Jahre.

Variante 3: Durchschnittliches Bevölkerungswachstum der 3 Jahre mit den höchsten positiven Wachstumswerten.

Auf Nachfrage berichtet Herr Jochumsen, dass es sich bei der Festlegung der Kulturstandorte und deren Inhalte um eine bewusst weiche Formulierung handelt und dass die Entscheidung, an welchem Standort welches Kulturprogramm angeboten werden soll, im Einzelfall zu entscheiden ist, das ISEK unterbreitet lediglich Vorschläge für künftige Kulturstandorte.

Herr Bellizzi erkundigt sich, ob es sich bei den Geschossangaben auf den handschriftlichen Seiten 71 und 73 um tatsächliche Geschossangaben handelt. Auf der Seite 71 sind 3 Vollgeschosse zuzüglich Staffelgeschoss gemeint, dies gilt ebenfalls für die Geschossangabe auf Seite 73. Herr Bellizzi beantragt zur Verdeutlichung, dass die Geschossangabe um jeweils eine Zahl noch unten korrigiert wird, d. h. auf Seite 71 ist die Angabe 4 Geschosse auf 3 Geschosse und auf Seite 73 die Angabe 4 bis 5 Geschosse auf 3 bis 4 Geschosse abzuändern.

Da nicht alle Inhalte des ISEK Zustimmung finden, wird die mögliche Bindungskraft des ISEK hinterfragt. Die Inhalte des ISEK sollen lediglich einen groben Rahmen vorgeben und keine rechtliche Bindung für künftige Entscheidungen darstellen. Durch den Beschluss von ISEK wird keine Rechtsnorm verabschiedet, sondern nur ein räumliches Leitbild der Stadt Ahrensburg, das Voraussetzung für eine Förderung von Projekten ist, die mit den Zielen im Einklang stehen.

Herr Hansen betont, dass er den Inhalten des ISEK bezüglich Erlenhof und Schlossviertel nicht zustimmen kann und schlägt deshalb vor, dass die Verwaltung eine Präambel formuliert, die eindeutig klarstellt, dass es sich bei ISEK um ein Leitbild mit zukünftigen Entwicklungen handelt.

Die Verwaltung wird beauftragt die geforderten Änderungen des Umweltausschusses und des Bau- und Planungsausschusses sowie die gewünschte Präambel einzuarbeiten.

**6. 40. Änderung des Flächennutzungsplanes "Firma Schacht" der Stadt Ahrensburg für das Areal der Firma Schacht zwischen der Straße Am Tiergarten und der Aue, Flurstücke 117, 118 und 119
- Aufstellungsbeschluss -**

Vor Eintritt in die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt wird hinterfragt, ob das Ausschussmitglied Haase als Eigentümer eines Grundstückes, das unmittelbar an den Geltungsbereich der 40. Flächennutzungsplanänderung grenzt, schon allein wegen der hierdurch möglicherweise ausgelösten Vorteile als befangen gilt. Während einerseits betont wird, dass die Befangenheit nur gegeben sein dürfte innerhalb des Geltungsbereiches eines Bauleitplanverfahrens und andererseits auf eine mündliche Auskunft eines maßgeblichen Kommunalrechtlers verwiesen wird, der die unmittelbaren Vorteile auch schon bei angrenzenden Grundstücken als gegeben ansehen soll, ist Herr Haase bereit, für die Beratung und Beschlussfassung dieses TOP den Sitzungsraum zu verlassen, fordert jedoch die Verwaltung auf, die Rechtslage bis zur Stadtverordnetenversammlung am 22.03.2010 zu klären.

Anmerkung der Verwaltung:

Es handelt sich um eine Änderung des Flächennutzungsplanes. Der gültige Flächennutzungsplan von 1974 weist an dieser Stelle Flächen für Gewerbe aus. Ziel der F-Planänderung ist die Änderung der Gewerbegebietsfläche (ca. 1,8 ha) in Flächen zum „Wohnen“. Herr Haase ist Stadtverordneter, Mitglied des Bau- und Planungsausschusses und Eigentümer des Grundstücks Am Tiergarten 8, welches unmittelbar an den zu ändernden F-Plan anschließt. Fraglich ist, ob er befangen ist.

Da Flächennutzungspläne jedoch keine vorbereitenden Bauleitpläne sind, aus denen sich eine unmittelbare Wirkung ergibt, fehlt es an der Unmittelbarkeit, sodass Befangenheit bei dem Beschluss über den F-Plan in aller Regel nicht vorliegt. Nur in besonderen Fällen ist das Vorliegen eines Sonderinteresses denkbar, so z. B. wenn sich eine F-Planänderung auf einen klar abgrenzbaren Teil des Gemeindegebietes bezieht, der für eine im B-Plan festgesetzte Nutzung vorgesehen ist. Da jedoch zurzeit kein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan vorliegt und die tatsächlichen Voraussetzungen für eine Bebauung in diesem Bereich noch nicht vorliegen, fehlt es für das Bau- und Planungsausschussmitglied an dem unmittelbaren Vorteil. Das Bau- und Planungsausschussmitglied kann somit an der Beratung und Beschlussfassung des Bau- und Planungsausschusses und der Stadtverordnetenversammlung teilnehmen.

Diese entsprechende Rechtsauffassung wurde von Herrn Dehn, Kommentator der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein, entsprechend bekräftigt.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Gebiet „Firma Schacht“ zwischen der Straße Am Tiergarten und der Aueniederung wird in dem gültigen Flächennutzungsplan von 1974 als Gewerbefläche ausgewiesen, mit der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes soll das Gebiet zukünftig als Flächen für das Wohnen dargestellt werden. Im Bebauungsplan Nr. 19 von 1968 ist für diese Fläche eine gewerbliche Bebauung von bis zu zwei Vollgeschossen in geschlossener Bauweise mit einer Geschossflächenzahl von 1,2 festgesetzt. Die jetzige Gewerbeflächen und deren Gebäude genießen weiterhin Bestandsschutz und sind von der Flächennutzungsplanänderung nicht betroffen. Erst bei Neubauvorhaben ist dem neuen Recht stattzugeben.

Direkt an der Aue lang wird ein Teilgebiet ausgewiesen, dass als Fläche zum Schutz und Entwicklung der Landschaft auch als ein Gebiet für einen Fuß- und Radweg nutzen zu können. Auf Nachfrage von Herrn Marzi berichtet Herr Seeger, dass vor Erstellung des Fuß- und Radweges weitere Ergänzungen für die Weiterführung des Weges umgesetzt werden müssen.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Im Anschluss an die Abstimmung wird erneut hinterfragt, wieso die Kremerbergtrasse immer noch eingezeichnet ist. Daraufhin berichtet Herr Thiele, dass bereits in den 80er-Jahren angedacht war, die Trasse aus dem Flächennutzungsplan zu entfernen, dies jedoch rechtlich nicht möglich ist solange nicht nachgewiesen ist, dass diese Trasse für die Bewältigung des Verkehrs langfristig nicht benötigt wird. Sollte sich endgültig herausstellen, dass es keinen Bedarf gibt, diese Trasse zu nutzen, kann die Trasse im neuen Flächennutzungsplan herausgelassen werden.

**7. Realisierungskonzept Schlosspark, Aue, Innenstadt, 3. Teilprojekt Schlosspark
- Umsetzungsmöglichkeiten im Rahmen der Haushaltsberatung 2010 -**

Die Verwaltung erläutert die Vorlage, verweist auf die mit Anschreiben vom 27.01.2010 ergänzend der Selbstverwaltung übersandte Endfassung der Studie mit der Bezeichnung

„Direkte und indirekte ökonomische Effekte durch Entwicklungsmaßnahmen im Ahrensburger Schlosspark. Prognose monetärer Effekte als Folgeeffekte des Realisierungskonzepts Schlosspark“

und verteilt darüber hinaus zu Beginn der heutigen Beratung zusätzliche Unterlagen mit Kostenübersichten für die Haushaltsberatungen für folgende Umsetzungsvarianten:

1. Gesamtprogramm Neubau/Sanierung: 6.418.000 € Bruttobaukosten
mit Förderung 3.209.000 € (städtischer Anteil)
2. Reduzierte Variante Neubau/Sanierung: 5.096.000 € Bruttobaukosten
mit Förderung 2.548.000 € (städtischer Anteil)
3. Notmaßnahmeprogramm/Minimalinvestition zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit, Sicherung des Denkmals und Benutzbarkeit des Parks:
ohne Förderung 1.610.000 € (städtischer Anteil)

Anmerkung der Verwaltung:

Diese zusätzlichen Unterlagen zur Vorlagen Nr. 2010/012 sind sowohl diesem Protokoll als Anlage beigefügt als auch am 18.02.2010 über die Gremien-Fächer an die Selbstverwaltung verteilt worden.

Die Verwaltung stellt die reduzierte Variante des Realisierungskonzeptes Schlosspark, Aue, Innenstadt, 3. Teilprojekt Schlosspark, vor. Unter dem Aspekt das zentrale Projektziel nicht zu gefährden sowie der Wahrung der grundsätzlichen Förderfähigkeit, wurden das Umfeld der Bagatelle und die Erweiterung des Parkplatzes an der Schlossbrücke aus dem Konzept herausgenommen. Ferner soll nur noch die notwendigste Teichentschlammung verrichtet werden.

Unabhängig von der Umsetzung des Realisierungskonzeptes Schlosspark müssen bestimmte Maßnahmen, die unter anderem der Verkehrssicherung dienen, durchgeführt werden. Unumgänglich sind z. B. die Baumpflege und der Neubau der Fußgängerbrücke, wobei wohlweislich auf die Konkretisierung auf einzelne Haushaltsjahre verzichtet wurde. Sollten diese Maßnahmen nicht vorgenommen werden und folglich der Verkehrssicherungspflicht nicht nachgekommen werden, sind die entsprechenden Zuwege zum Schlosspark

zu sperren. Da allein das Notmaßnahmeprogramm Kosten in Höhe von 1.610.000,- € verursachen würde, empfiehlt die Verwaltung, zumindest die reduzierte Variante des Schlossparkkonzeptes zu beschließen.

Die Selbstverwaltung kritisiert, dass bisher nicht erwähnt wurde, welche Kosten der Stadt Ahrensburg auf jeden Fall für den Schlosspark entstehen. Es hätte von Anfang an deutlich gemacht werden müssen, welche Kosten allein für die notwendigen Maßnahmen entstehen. Da anfangs davon ausgegangen werden konnte, dass das Realisierungskonzept Schlosspark beschlossen wird, hat die Verwaltung keine Veranlassung gesehen, die notwendigen Maßnahmen einzeln hervorzuheben, die Kosten waren jedoch von Anfang an in dem Realisierungskonzept enthalten.

Da das Notmaßnahmeprogramm für die Selbstverwaltung eine neue Ausgangslage darstellt, wird diskutiert, wie mit dieser Situation umgegangen werden soll. Frau Behr beantragt, dass der Beschluss über diesen Tagesordnungspunkt in die Stadtverordnetenversammlung verlegt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

7 dafür
1 dagegen
1 Enthaltung

**8. Erlass der Haushaltssatzung 2010 für das Haushaltsjahr 2010
- 1. Entwurf des doppischen Haushalts mit Ergebnis - und Finanzhaus-
halt für 2010 und die Folgejahre 2011 bis 2013 -**

Verwiesen wird auf die BPA-Beratungen

- am 16.12.2009 (Protokoll Nr. 20/2009; TOP 9),
- am 06.01.2010 (Protokoll Nr. 1/2010; TOP 6),
- am 20.01.2010 (Protokoll Nr. 2/2010; TOP 6) und
- am 03.02.2010 (Protokoll Nr. 3/3010; TOP 6)

sowie die inzwischen eingegangenen Anträge

- Nr. 0004/2010 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Nr. 0005/2010 der FDP-Fraktion
- Nr. 0015/2010 der CDU-Fraktion zum Ausbau Hamburger Straße Nord
- Nr. 0016/2010 der CDU-Fraktion zum Ausbau Hagener Allee
- Nr. 0017/2010 der CDU-Fraktion zum Radverkehrskonzept
- Nr. 0018/2010 der CDU-Fraktion zur P + R-Anlage am U-Bahnhof Ahrensburg West
- Nr. 0019/2010 der CDU-Fraktion zur Konzeptstudie „Stadtbusssystem Ahrensburg“
- Nr. 0021/2010 der CDU-Fraktion zum Realisierungskonzept/Schlosspark Kernfläche
- Nr. 0022/2010 der SPD-Fraktion und
- Nr. 0023/2010 der WAB-Fraktion

und darüber hinaus die vom zuständigen Unterausschuss am 10.02.2010 abgegebene Empfehlung zur Investition des Produktes 55110, wonach die Planungs- und Entschlammungskosten beim Projekt Realisierungskonzept/Schlosspark bis auf Weiteres zu verschieben und die Baukosten dieser Maßnahme komplett zu streichen sind.

Man kommt hinsichtlich des Verfahrens überein, nur noch die Haushaltspositionen zu thematisieren, die von Änderungswünschen betroffen sind, und mit dem Ergebnishaushalt (vgl. weiße Seiten, beginnend ab Seite 20) zu beginnen:

- **Seite 23, PSK 11155.5431000, Zentrale Gebäudewirtschaft, allgemeine Geschäftsaufwendungen**

Wie die Verwaltung bereits in der BPA-Sitzung am 20.01.2010 bekannt gegeben hat, zeichnet sich ein konkreter zusätzlicher Mittelbedarf in Höhe von 6.000 € bei dieser Position ab, um beim Fachdienst IV.4 angesichts des Ausscheidens zweier Mitarbeiter Stellenanzeigen in Auftrag geben zu können zur Nachbesetzung einer Diplom-Ingenieurin oder eines Diplom-Ingenieurs der Fachrichtung Versorgungstechnik.

Sodann wird über den Vorschlag der Verwaltung abgestimmt, den Mittelansatz um 6.000 € auf dann 16.000 € aufzustocken.

Abstimmungsergebnis: **6 dafür**
2 Enthaltungen

— **Seite 147, PSK 54100.5221000, Gemeindestraßen, laufende Unterhaltung**

Wie bereits in der BPA-Sitzung am 20.01.2010 erwähnt ist geplant, das System des älteren Verkehrsrechners zu überprüfen und die Wartung aller Ahrensburger Lichtsignalanlagen auszuschreiben, wobei die Einschaltung eines Fachplanungsbüros für die allgemeine Beratung sowie die Erstellung und Durchführung der Ausschreibung Planungsmittel in Höhe von 20.000 € verursachen würde.

Sodann wird über den Vorschlag der Verwaltung abgestimmt, den Mittelansatz um 20.000 € auf 445.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Anmerkung der Verwaltung:

Die 20.000 € werden im PSK 54100.5431010 Spezielle Geschäftsaufwendungen ausgewiesen.

— **Seite 157, PSK 54700.5431010, ÖPNV, spezielle Geschäftsaufwendungen/Konzeptstudie „Stadtbusssystem Ahrensburg“**

Hierzu hat die CDU-Fraktion den Antrag mit der Bezeichnung AN/0019/2010 gestellt, wonach sowohl die Mittel in Höhe von 40.000 € für das Jahr 2010 als auch die 30.000 € für das Jahr 2011 ersatzlos gestrichen werden sollen.

Über den Antrag wird wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **4 dafür**
1 dagegen
3 Enthaltungen

— **Seite 162, PSK 55200.5221010, Wasserbauliche Anlagen, Entschlammung Schlossteich**

Zu dieser Position hat die CDU-Fraktion den Antrag unter der Bezeichnung AN/0021/2010 gestellt (vgl. zweiter Teil dieses Antrages), wonach die Mittel von 500.000 € im Jahr 2010 und von 600.000 € im Jahr 2011 gestrichen werden sollen.

Mit Hinweis auf das Beratungsergebnis unter TOP 7 der heutigen Sitzung kommt man überein, über den Antrag nicht in der heutigen Sitzung, sondern gegebenenfalls erst in der Stadtverordnetenversammlung

lung abzustimmen.

Anschließend stimmt man über die Änderungswünsche zum Finanzhaushalt ab, wobei sich die Beratung bezieht auf die Tabellen über „Investitionen gemäß Teilfinanzhaushalten“ (vgl. erste grüne Seiten, beginnend ab Seite 39):

— **Seite 41, PSK 54100.2331003, Gemeindestraßen, Beiträge Moltkeallee**

Hierauf beziehen sich die Anträge der Fraktionen

- Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vgl. AN/0004/2010, Position 1 und
- SPD, vgl. AN/0022/2010, Position 1.

Hierzu erklärt die Verwaltung, dass sie sich bemühen wird, die Voraussetzungen für die Beitragserhebung so frühzeitig herbeizuführen, dass eine Beitragsveranlagung mit der entsprechenden Mitteleinnahme noch im laufenden Jahr erfolgen kann.

Sodann wird über den Antrag abgestimmt, die Einnahmeposition in Höhe von 175.000 € vom Jahr 2011 ins Jahr 2010 vorzuziehen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

— **Seite 41, PSK 54100.0700000, Gemeindestraßen, Beschaffung fester Geschwindigkeitsmessenanlagen**

Hierzu liegen Anträge vor der Fraktionen

- Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vgl. AN/0004/2010, Position 2 und
- FDP, vgl. AN/0005/2010, Position 3.

Während die Vertreter der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag zurückziehen, wird über den FDP-Antrag abgestimmt. Nachdem darauf hingewiesen worden ist, dass die festen Geschwindigkeitsmessenanlagen entsprechend des lokalen Aktionsplanes im Zusammenhang mit der EU-Umgebungslärmrichtlinie beschlossen worden sind und sich für die 30.000 € je nach Fabrikat mehrere Anlagen beschaffen und installieren lassen, wird dieser Antrag, die Haushaltsmittel von 30.000 € mit jeweils 15.000 € auf die Jahre 2011 und 2012 zu verteilen, abgelehnt.

— **Seite 41, PSK 54100.0800000, Gemeindestraßen, Beschilderung Wegweisungssystem**

Hierauf bezieht sich der Antrag der FDP-Fraktion, vgl. AN/0005/2010, Position 2.

Nachdem betont worden ist, dass das bestehende Wegweisungssystem im innerstädtischen Bereich hinterfragt und erneuert werden muss und nicht nur bei neuen Straßenbauprojekten ergänzt werden kann,

wird der Antrag auf Streichung der 20.000 € im Jahr 2011 abgelehnt.

— **Seite 41, PSK 54100.0900001, Gemeindestraßen, Planungskosten Dänenweg (Radweg)**

Hierauf bezieht sich der Antrag der SPD-Fraktion, vgl. AN/0022/2010, Position 2.

Trotz der vereinnahmten Ablösungsbeträge für den zukünftigen Straßenausbau halten die Ausschussmitglieder die Anfertigung von Planungen auf Vorrat ohne die Darstellung der Baumaßnahme im Planungszeitraum für wenig sinnvoll. Vielmehr wird dafür plädiert, die Maßnahme mit zu betrachten im Rahmen des Radverkehrskonzeptes.

Sodann wird über den Antrag wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	6 dafür
	1 dagegen
	1 Enthaltung

— **Seite 41, PSK 54100.0900010, Gemeindestraßen, Hamburger Straße Nord**

Hierauf beziehen sich die Anträge der Fraktionen

- SPD, vgl. AN/0022/2010, Position 3,
- FDP, vgl. AN/0005/2010, Position 1,
- Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vgl. AN/0005/2010, Position 3 und
- CDU, vgl. AN/0015/2010.

Wie einvernehmlich festgestellt wird, ist der Antrag der CDU-Fraktion der weitestgehende, insofern wird über diesen abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	5 dafür
	3 Enthaltungen

Damit hat sich die Abstimmung über die 3 anderen Anträge erübrigt.

— **Seite 41, PSK 54100.0900016, Gemeindestraßen, Erneuerung Klaus-Groth-Straße (Reeshoop bis Große Straße)**

Wie bereits im BPA-Protokoll Nr. 20/2009 über die Sitzung am 16.12.2009 angedeutet, musste der Mittelbedarf für dieses Ausbauprojekt neu ermittelt werden. Auf die unter TOP 4 in der heutigen Sitzung getroffene Entscheidung zum Ausbauprogramm sei verwiesen. Auf Basis des in der Vorlagen Nr. 2010/019 aufgezeigten Mittelbedarfs ist der Ansatz für das Jahr 2010 um 100.000 € auf 320.000 € zu erhöhen und ergänzend im Haushaltsplan eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 147.000 € zulasten des Jahres 2011 einzustellen.

Der BPA sieht die positive Empfehlung entsprechend der unter TOP 4

getroffenen Entscheidung als gegeben an.

— **Seite 41, PSK 54100.0900018, Gemeindestraßen, Erneuerung Hager Allee (Starweg bis Spechtweg)**

Hierauf beziehen sich die Anträge der Fraktionen

- SPD, vgl. AN/0022/2010, Position 4,
- Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vgl. AN/0004/2010, Position 4,
- WAB, vgl. AN/0023/2010, Position 2 und
- CDU, vgl. AN/0016/2010.

Nach Analyse der Anträge stellt man fest, dass der Antrag der CDU-Fraktion der am weitestgehende ist, da im gesamten Planungszeitraum keine Mittel mehr eingestellt werden sollen. Man kommt überein, angesichts des Planungsstandes das Projekt zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzugreifen, sobald sich die Finanzlage gebessert hat.

Sodann wird über den Antrag Nr. 16 wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **7 dafür**
1 Enthaltung

— **Seite 41, PSK 54100.0900029, Gemeindestraßen, Planungskosten Entlastungsstraße Nord**

Hierauf beziehen sich die Anträge der Fraktionen

- Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vgl. AN/0004/2010, Position 5 und
- WAB, vgl. AN/0023/2010, Position 3.

Die Verwaltung erinnert an die bereits in der Sitzung am 03.02.2010 hierzu gegebene Anregung, die wie folgt im Protokoll festgehalten worden ist:

Die Streichung der 200.000 € für die Entlastungsstraße Nord wäre mit einem Stopp des Planungsverfahrens verbunden. Um das Verfahren so weit voranzutreiben, dass für dieses größere Bauprojekt überhaupt noch GVFG-Mittel rechtzeitig vor dem Auslaufen des Programmes beantragt werden können, wäre die Bereitstellung von zumindest 110.000 € an Planungs- und Baukosten erforderlich.

Vertreter der beiden oben genannten antragstellenden Fraktionen kommen daraufhin überein, ihre Anträge dahingehend zu modifizieren, dass der Ansatz für das Jahr 2010 von 200.000 € auf 110.000 € reduziert wird. Über diesen modifizierten Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

— **Seite 42, PSK 54110.0900012, Entwicklung Beimoor-Süd, Erschließung des B-Plangebietes Nr. 82**

Hierauf bezieht sich der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vgl. AN/0004/2010, Position 8, wonach der gesamte Ansatz in Höhe von 750.000 € ins Jahr 2011 zu verschieben ist.

Nachdem unter anderem auf die Stellungnahme der Verwaltung in der BPA-Sitzung am 16.12.2009 hingewiesen worden ist, die wie folgt protokolliert wurde

Während im Haushaltsentwurf davon ausgegangen wurde, dass die Erschließungsanlagen im Beimoor-Süd westlich der Straße Kornkamp-Süd bis 2011 endgültig hergestellt werden, wäre hier angesichts des aktuellen Ansiedlungsstandes von Gewerbebetrieben eine zeitliche Streckung vorstellbar. Während der Ausbau des Roggenweges, der gegenüberliegenden Sackgasse Am Hopfenbach (in Richtung Schützenhaus) und Weizenkoppel vorangetrieben werden sollten, könnte über die hierfür benötigten rd. 350.000 € hinaus ansonsten weitestgehend eine Verschiebung in die Jahre 2011/2012 vorgenommen werden.

wird der Antrag dahingehend modifiziert, dass lediglich ein Anteil in Höhe von 400.000 € vom Jahr 2010 ins Jahr 2011 verschoben wird.

Über diesen angepassten Antrag wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

— **Seite 42, PSK 54120.0900010 bzw. .0450000, Realisierungskonzept Straßenbau, Ausbau Große Straße Süd**

Wie bereits in der Umweltausschusssitzung am 09.12.2009 (vgl. Protokoll Nr. 10/2009; TOP 7) berichtet, sind bei der Freiflächengestaltung der Großen Straße Mehrkosten in Höhe von 55.000 € entstanden durch die Entsorgung des kontaminierten, historischen Pflasters und Mehrmengen bei der Schottertragschicht. Darüber hinaus zeichnen sich Mehrkosten in Höhe von weiteren 60.000 € ab bei der Verlegung der Versorgungsleitungen für die Veranstaltungsterminals. Der technisch erforderliche Aufwand verursachte ebenso höhere Kosten, wie die Auswirkungen des Leitungsgestrüpps im Bereich des Knotens Große Straße/Woldenhorn/Bei der Doppeleiche.

Der BPA folgt der Empfehlung der Verwaltung und stimmt einstimmig dem neuen Ansatz in Höhe von 115.000 € zu.

9. Kenntnisnahmen

9.1. Standort des Peter-Rantzau-Hauses

Auf eine Einwohnerfrage am 03.02.2010 (vgl. BPA-Protokoll Nr. 03/2010; TOP 2) bestätigte die Verwaltung, dass mit dem Bodenaushub für das Peter-Rantzau-Haus begonnen wird, das Gebäude selbst den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 80 A entspricht sowie nach der endgültigen Entscheidung des hier zuständigen Sozialausschusses ein Vergabeverfahren durchgeführt und mit dem Abschluss von Verträgen über den Bau zum Abschluss gekommen ist. Trotzdem wurde zugesagt zu prüfen, ob zumindest das Kellergeschoss des Peter-Rantzau-Hauses um etwa 10 m versetzt werden kann mit dem Ziel, den noch vorhandenen größeren und schützenswerten Bäumen mehr Raum zur Entwicklung des Wurzelwerkes zu bieten.

Hierzu nimmt die Verwaltung nunmehr wie folgt Stellung:

Der Neubau des Peter-Rantzau-Hauses wird über ein ÖPP-Modell realisiert. Das Verfahren mit einem öffentlichen europaweiten Teilnahmewettbewerb lässt ein nachträgliches Ändern der Gebäudeparameter, wie das Versetzen des Kellergeschosses, **nicht** zu.

Herr Mächler wurde über diese Antwort vorab informiert.

9.2. Präsentation zum Masterplan Verkehr

Wie die Verwaltung berichtet, sind die Ergebnisse der Verkehrserhebung, die bereits in der Einwohnerversammlung am 15.12.2009 vorgestellt wurden, nunmehr auf folgendem Pfad im Internet abrufbar:

www.ahrensburg.de

Bauen, Planen, Umwelt → Verkehrsplanung → Masterplan Verkehr → Verkehrserhebungen 2009

10. Verschiedenes

10.1. Abwicklung des Verkehrs aus der Tiefgarage des CCA in der Großen Straße

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf die in der BPA-Sitzung am 03.02.2010 unter TOP 8.7 protokollierte Anregung zu prüfen, ob die Situation in einer Übergangszeit verbessert werden kann, indem der Verkehr aus der Klaus-Groth-Straße die Mittelfahrbahn in Richtung Königstraße queren kann und sich hierdurch der Knoten am Zentrum-Ring um viele Fahrzeuge entlasten ließe, die in Richtung Bahntrasse fahren.

Wie die Verwaltung bestätigt, sind die Poller inzwischen entfernt worden, so dass die Abwicklung in der nächsten Zeit beobachtet werden kann.

In diesem Zusammenhang kritisiert ein Ausschussmitglied, dass viele Fahrzeugführer versuchen, auf der östlichen Kohschießstraße aus Richtung Königstraße kommend nach Norden bis zum Woldenhorn durchzufahren; dieses war während einer kurzen Übergangsphase möglich. Es bittet darum, durch geeignete Maßnahmen den Verkehrsteilnehmern zu verdeutlichen, dass diese Durchfahrt nicht mehr möglich ist.

10.2. Schneeräumung und Frostschäden

Auf Nachfragen verschiedener Ausschussmitglieder erklärt die Verwaltung, dass

- Mehrkosten entstehen durch das Räumen von Schnee- und Eisbergen im öffentlichen Straßenraum durch private Dritte, die mit ihrem Geräteeinsatz erforderlich waren, um angesichts der begrenzten Personal- und Fahrzeugkapazitäten der Stadtbetriebe Ahrensburg/Bereich Bauhof der Verkehrssicherungspflicht nachzukommen,
- bisher nicht daran gedacht ist, die Schneeberge vor der Schmelze aus der Innenstadt abfahren zu lassen,
- die durch den Frost entstandenen Straßenschäden nicht so weit einzuschätzen sind, dass der Bedarf an zusätzlichen Unterhaltungsmitteln

bereits heute angegeben werden kann und

- der Einsatz der zur Bekämpfung der durch das Fahrbahnschieben hervorgerufenen Eiswälle entsprechend der gesetzten Prioritäten und danach auch in Kürze auf der P+R-Anlage der Ladestraße erfolgt, die derzeit nur sehr eingeschränkt zum Parken genutzt werden kann.

10.3. Abfallabfuhr in der P+R-Anlage Alter Lokschuppen

Ein Ausschussmitglied macht darauf aufmerksam, dass in der P+R-Anlage Alter Lokschuppen einschließlich der Brücke zu den Bahnsteigen die Abfallbehälter übergelaufen sind. Die Verwaltung sagt zu, eine Entleerung der Behälter und eine Reinigung der verschmutzten Flächen zu veranlassen.

10.4. Städtebaulicher Vertrag mit der Hauseigentümerin des Quartiers Reeshoop

Vonseiten des Ausschusses wird erinnert an das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 90 für das Gebiet zwischen Hermann-Löns-Straße/Reeshoop/Fritz-Reuter-Straße und Stormarnstraße; es wird gebeten aufzugeben, wann der angekündigte städtebauliche Vertrag mit der Hauseigentümerin in den Gremien behandelt werden kann.

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des Personalwechsels mussten die Verhandlungen für mehrere Monate unterbrochen werden. Der städtebauliche Vertrag wird aber so rechtzeitig beraten, dass dessen Abschluss etwa Mitte des Jahres 2010 ermöglicht wird zu einem Zeitpunkt, zu dem der B-Plan Nr. 90 den Stand nach § 33 BauGB noch nicht erreicht hat.

gez. Jörg Hansen
Vorsitzender

gez. Maren Uschkurat
Protokollführerin

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer